

# JAPAN

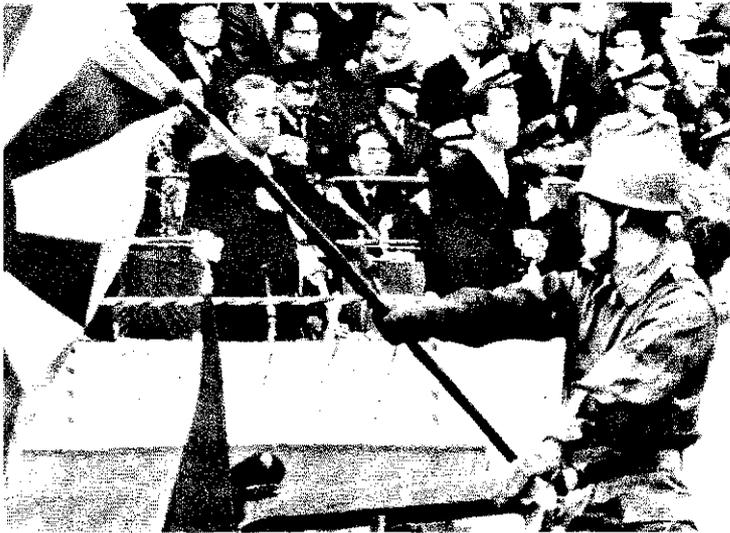
## ATOMWAFFEN

### Blüte statt Taube

Die einzigen Menschen, auf die im Zeitalter der Atombombe vorsätzlich Atombomben geworfen wurden, sind bislang die Japaner. Gleichwohl wagen sich die Japaner jetzt vorsichtig zu Atomwaffen vor.

Das einzige Land, das seine Regierung per Verfassungsgebot (Artikel 9) verpflichtet, für immer „dem Krieg und der Drohung mit Gewalt“ zu entsagen, ist Japan. Gleichwohl fehlt Japans hochgerüsteter Armee keine Offensivwaffe — nur die Atombombe.

Immer wieder bekräftigten japanische Regierungen, das einzige atombombengeprüfte Land der Welt — noch 1970 starben und sterben rund 1000 Japaner an den Folgen der Atom-



Japanische Soldaten, Chefs\*: „Atomarer Traum“

bomben-Explosionen von 1945 — dürfte Atomwaffen weder herstellen noch lagern, noch gebrauchen. Dies wurde aus dem Gewaltverbot des Verfassungsartikels 9 interpretiert.

Japans oberster Soldat, Yasuhiro Nakasone, 52 — der den zivilen Titel „Generaldirektor des Verteidigungsamtes“ trägt —, ist neuerdings anderer Ansicht. In seinem Mitte Oktober erschienenen Verteidigungsweißbuch heißt es, Japan dürfe „defensiv atomare Waffen ... der Theorie nach unterhalten, ohne damit der Verfassung zu widersprechen“. Lediglich „im Hinblick auf die zu erwartenden ungünstigen Reaktionen aus dem Ausland verfolgt Japan die Politik, Nuklearwaffen zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zu erwerben“.

Ist die Zeit aber gekommen, kann „Nakasones atomarer Traum“ („Far Eastern Economic Review“) Wirklichkeit werden. Phantomjäger, die taktische Atomwaffen tragen können, wird Nakasones Luftwaffe schon 1971 besitzen. Den Atomsperrvertrag hat Japan nicht ratifiziert. Dabei sind heute noch nach einer Umfrage der Tokioter Zei-

tung „Yomiuri shimbun“ 67,6 Prozent der wahlberechtigten Japaner gegen eine Atombewaffnung.

Den Verfassungsartikel 9 weiß Chef-Soldat Nakasone zu umgehen: „Die Verfassung verbietet nicht den Gebrauch von Gewalt als Mittel zur Verteidigung des Vaterlandes.“ (Im Zweiten Weltkrieg baute Nakasone als Leutnant eine Basis für Kamikaze-Torpedofahrer auf.)

Japans Militärs haben Erfahrung im Interpretieren der Verfassung. Schon ihre „Selbstverteidigungstreitkräfte“ sind an sich verfassungswidrig. Als der Führer des linken Flügels der Sozialistischen Partei Suzuki Mosaburo 1952 vom höchsten Gericht festgestellt haben wollte, daß die Aufrüstung verfassungswidrig sei, wies das Gericht die Klage mangels Zuständigkeit ab.

Als Japan jetzt auch noch seine atomare Enthaltensamkeit abstreifte, weckte es historische Befürchtungen vor dem japanischen Militär-Expansionismus. Nixons Sonderberater Kissinger machte den Chef auf eventuelle Gefahren aufmerksam. Thailand und die Philippinen warnten vor einem neuen großjapanischen Militarismus.

Peking beklagte die „Faschistisierung des politischen Systems“ und rief zu einer „Konterrevolution gegen die geistigen Stützen des japanischen Militarismus“ auf. Selbst das offiziell mit Japan befreundete Formosa warnte: „Die Geschichte lehrt uns, daß Japan einen Ki-

lometer nimmt, wenn ihm ein Zentimeter geboten wird.“

Die japanischen Soldaten aber sind auf Nakasone eingeschworen. Auf einer Militärparade vor Ministerpräsident Sato trugen sie ihr neues Selbstwertgefühl zur Schau: Die Taube, das von den amerikanischen Besatzern erlaubte Zeichen, hatten sie eingetauscht gegen die Kirschblüte, das Zeichen der Samurai-Krieger und Kamikaze-Flieger.

# CHILE

## ALLENDE

### Großes Experiment

In der Kathedrale von Santiago erfluchten Chiles Kardinal Silva, Geistliche von 25 christlichen Kirchen und ein Rabbi himmlischen Segen — für einen Atheisten: für den Chef der chilenischen Volksfront-Regierung, Salvador Allende Gossens, 62.

„Ebnet eine Straße“, zitierte der Kardinal den Propheten Jesaja, „räu-

\* Ministerpräsident Sato, Verteidigungsamtsdirektor Nakasone.

met meinem Volke jeden Anstoß aus dem Wege.“

Am letzten Dienstag zog der sozialistische Senator Allende in den Präsidentenpalast La Moneda ein: der erste Marxist, der durch freie Wahlen auf den Sessel eines Staatschefs gelangte.

Doch nur äußerlicher Stilwechsel begleitete das historische Ereignis: Statt in der offenen Staats-Karosse zu kutschieren, ging Allende zu Fuß zum Tedeum in der Kathedrale. Statt des üblichen Fracks trug er einen dunkelblauen Straßenanzug, als er vor dem Kongreß schwor, Chiles „Verfassung zu wahren“.

Bürgerlich brav begann das „große Experiment“ („The Economist“) der Volksfront-Herrschaft, das schon Wochen zuvor die Bourgeoisie in Chile und die Nachbarn in Panik versetzt hatte.

Fast zehntausend chilenische Familien flüchteten nach Allendes Wahlsieg ins Ausland. Rechtsextremisten schmiedeten Mordpläne gegen Allende und erschossen Armee-Chef General Schneider. Brasiliens und Argentiniens autoritäre Generäle versicherten einander ihre Geschlossenheit „im Kampf gegen alle, die ... mit Wahlen die demokratische Tradition Lateinamerikas brechen wollten“.

Davon allerdings hat Allende gar nicht gesprochen. Keinesfalls will er die „Hegemonie einer Partei“ zulassen, und er beteuert: „Wir werden niemals das Parlament ausschalten.“

Gefährdeter als Chiles Demokratie scheint Allendes Programm, den Chilenen eine „neue Gesellschaft“ zu bringen. Denn Allendes Volksfront ist im Abgeordnetenhaus wie im Senat in der Minderheit. Schon vor seiner Wahl im Kongreß mußte er daher einen Kompromiß mit der stärksten Partei, den Christdemokraten, eingehen: Im Tausch gegen deren Unterstützung garantierte Allende per Verfassungszusatz, Partei- und Pressefreiheit, Armee und Polizei, Schulwesen und Universitäten nicht anzutasten.

Nur mit Hilfe der Christdemokraten kann Allende wie versprochen die chilenische Wirtschafts- und Sozialstruktur radikal ändern. Ex-Präsident Frei gab bereits zu erkennen, daß er Führer einer selbstbewußten, starken Opposition sein will. Mit dem Kauf von Zeitungsverlagen und Rundfunksendern bereiten sich die Christdemokraten auf künftige Kämpfe vor.

Selbst innerhalb seiner Volksfront kann Allende nicht mit uneingeschränkter Rückendeckung rechnen: Erst vier Tage vor der Amtsübernahme einigten sich die sechs Partner der „Unidad Popular“, der Volksfront, über die Verteilung der Ministersessel: Zwar reservierten sich Sozialisten (vier) und Kommunisten (drei) die wichtigsten Portefeuilles, aber drei fast ebenso bedeutende Ministerien (Erziehung, Verteidigung und Bergbau) fielen an die gemäßigten Radikalen. Marxisten und Nicht-Marxisten halten sich im 15-Mann-Kabinetts fast die Waage.

„Die Kompromisse und Rückzieher“, urteilte bereits die argentinische Zeit-

schrift „Primera Plana“, „drohen die Volksfront-Regierung in einen der flauesten Reformisten Hispano-Amerikas zu verwandeln.“

Vorsichtig, zumindest aus taktischen Gründen, interpretierte Allende sein Programm so, daß es sich nicht wesentlich von den Maßnahmen seines christdemokratischen Vorgängers oder der Reform-Militärs im benachbarten Peru zu unterscheiden scheint: Die angekündigte Nationalisierung der Kupfer-, Eisenerz- und Salpeterminen, der Banken und der einheimischen Monopole soll „bis ins Detail“ (Allende) geprüft werden.

98 Prozent der Chilenen, so beruhigte Allende Geschäftsleute auf einem Bankett im Kasino des Modebades Viña del Mar, werden von seiner Regierung „nichts zu fürchten“ haben. Die diplomatischen Beziehungen zur DDR, zu Kuba, China, Nordvietnam und Nordkorea, bereits mehrfach avisiert, will der Präsident dann aufnehmen, wenn es für Chile „opportun“ ist.

Die Beruhigungs-Therapie soll die von Panik und Spekulation schwer getroffene Wirtschaft wiederaufrichten: So schrumpfte nach dem Allende-Sieg etwa der Verkauf von Konsumgütern um 53 Prozent, der Umsatz der zehn Autofabriken des Landes schmolz um 90 Prozent.

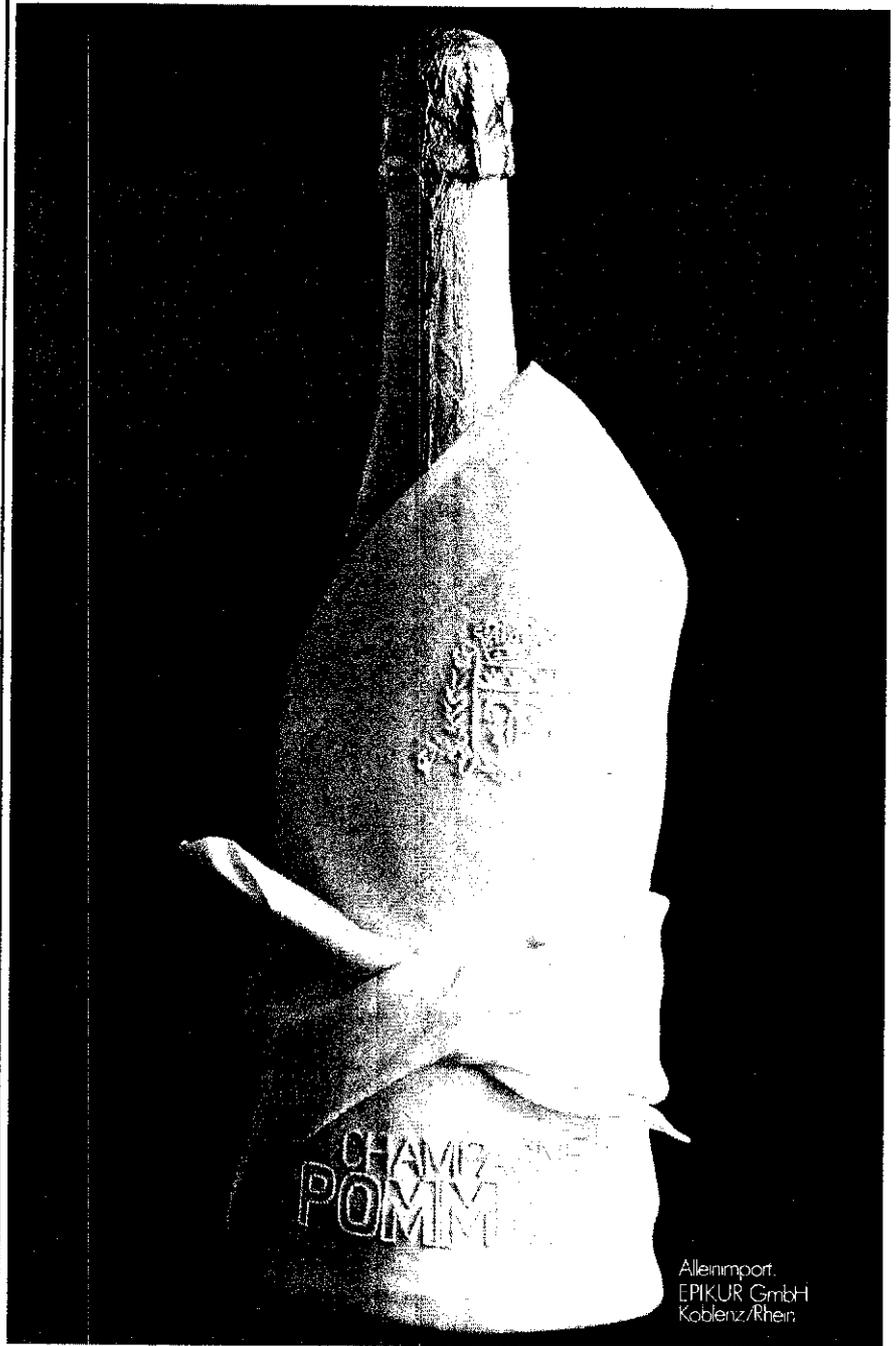
Allende hat seinen Wählern Lohn-erhöhungen von 30 bis zu 70 Prozent versprochen und betrachtet es als seine Hauptsorge, „300 000 arbeitslosen Chilenen Arbeit zu geben“. Er wird das Versprechen schwerlich erfüllen können — denn gleichzeitig sollen Sparprogramme die Inflation (32,9 Prozent in den ersten neun Monaten dieses Jahres) bremsen.

Die fast unausbleiblichen Enttäuschungen dürften dem Marxisten Allende schon bald neue Feinde machen — bei den Linken.

Den Ideologen der Gewalt unter ihnen war Allendes Revolutionsbegriff früher schon zu feinschmeckerisch erschienen. Allende: „Die chilenische Revolution wird nach Pasteten und Rotwein schmecken.“



Chile-Präsident Allende  
Revolution wie Rotwein und Pasteten



Alleinimport:  
EPIKUR GmbH  
Koblenz/Rhein

Wann und wo immer man  
Champagner kredenzt,  
ist Pommery der Höhepunkt  
kultivierter Festlichkeit.

# CHAMPAGNE POMMERY

Einziges Champagner  
mit der Auszeichnung  
„Prestige de la France“

